

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

01.09.2023

Inhalt

EWN

1 Schwesig kritisiert Bund wegen LNG-Terminal <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 01.09.2023</i>	3
2 FDP will zurück zur Atomkraft <i>Süddeutsche Zeitung, 01.09.2023</i>	4

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 01.09.2023 | S. 20

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

👤 Frank Pfaff

Schwesig kritisiert Bund wegen LNG-Terminal

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig steht dem vom Bund geplanten Bau eines Terminals für Flüssigerdgas (LNG) auf Rügen weiter kritisch gegenüber. „Wir haben von Anfang an gesagt, dass solch ein Projekt auf Akzeptanz beim Tourismus und auch bei den Bürgerinnen und Bürgern stoßen muss“, sagte Schwesig am Donnerstag in Schwerin. „Und ich sehe es sehr kritisch, wenn die Bundesregierung ein Energieprojekt zur Versorgung von Deutschland und Europa gegen den Willen eines Landes und vor allem gegen den Willen der Bevölkerung vor Ort durchdrücken will“, sagte die SPD-Politikerin weiter. Dem Bund sei es bisher nicht gelungen, dafür zu sorgen, dass die Bürger in den betroffenen Regionen auch etwas davon haben - weder beim Thema Erneuerbare Energien noch beim Thema LNG.

Zu möglichen Gegenleistungen der Bundesregierung für den Terminal-Bau auf Rügen wie die Kostenüber-

nahme für den Ausbau des Hafens in Mukran oder der Bahninfrastruktur in Vorpommern wollte sich Schwesig nicht direkt äußern. Der Bund sei aber verpflichtet, wenn er das Projekt unbedingt wolle, sich um Akzeptanz vor Ort zu kümmern und den Dialog zu führen. Dort müsse man über solche Maßnahmen sprechen, sagte die Regierungschefin. Unabhängig davon laufe ein rechtsstaatliches Verfahren, in dem die zuständigen Fachbehörden ohne politische Einflussnahme Pro und Contra abzuwägen und Entscheidungen zu treffen hätten. „Und ich gehe ganz fest davon aus, dass Entscheidungen dann auch gerichtlich überprüft werden.“

Der Bundesrat hatte Anfang Juli gegen den Willen Mecklenburg-Vorpommerns der Aufnahme des Terminals in Mukran auf Rügen in das LNG-Beschleunigungsgesetz zugestimmt. Das Vorhaben trifft in der Region auf starke Ablehnung.

 Süddeutsche Zeitung | 01.09.2023 | S. 1 Auflage: 126.752 | Reichweite: 586.119 Michael Bauchmüller, Markus Balser; Mike Szymanski, Paul-Anton Krüger

FDP will zurück zur Atomkraft

Die Liberalen wollen den Rückbau der noch funktionierenden Kernkraftwerke stoppen und schüren damit neue Konflikte. Grünen-Chefin Ricarda Lang sagt, der Vorschlag sei nicht praktikabel

Berlin – Der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Bundestag, Christian Dürr, stellt den Atomausstieg infrage. Er sagte der *Süddeutschen Zeitung*, die Fraktion werde bei ihrer Klausurtagung in Dresden darüber beraten, dass „der Rückbau der noch funktionierenden Kernkraftwerke gestoppt werden sollte“. In der Beschlussvorlage für die Tagung heißt es, Deutschland brauche grundlastfähige Kraftwerke. „Nur so bleiben wir in jeder Situation handlungsfähig.“ Zudem wollen sich die Liberalen einsetzen für „den Einstieg in moderne, besonders abfall- und risikoarme Kernspaltungstechnologien“. Dürr sagte, statt eine Debatte über einen subventionierten Strompreis für die Industrie zu führen, müsse man darüber reden, wie das Angebot ausgeweitet werden könne.

Die FDP hatte sich vergangenes Jahr für eine Laufzeitverlängerung eingesetzt, um die Stabilität der Stromnetze und der Preise zu garantieren. Den Koalitionspartnern hielt Dürr entgegen, mit der Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke verzichte Deutschland auf die Produktion von 30 Terawattstunden Strom pro Jahr. Das mache sich im Stromnetz bemerkbar. Er hätte sich gewünscht, dass „die Kernkraftwerke in dieser angespannten Situation am Netz bleiben können“.

In der Ampelkoalition löste der Vorstoß neuen Ärger aus, einen Tag nach der Kabinettsklausur in Meseberg, bei der Kanzler Olaf Scholz (SPD) auf Geschlossenheit gedrungen und die Partner aufgefordert hatte, kontroverse Debatten weniger in der Öffentlichkeit auszutragen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich

sagte der SZ: „Jede Fraktion kann sich zu allen Themen ihre eigenen Gedanken machen, aber in der Koalition ist für diese Frage die Beschlusslage klar.“ Gut wäre, wenn sich jetzt „alle auf die Arbeit in der Koalition konzentrieren und sich daran beteiligen, unsere gemeinsamen Kräfte für die Zukunft unseres Landes zu bündeln“, mahnte er.

Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) kritisierte die Liberalen. Es sei die „eigene Verantwortung und Entscheidung der FDP, ob sie einen so rückwärts-gewandten Antrag in den Deutschen Bundestag einbringen möchte“, sagte sie am Donnerstag am Rande einer Sommerreise. Grünen-Chefin Ricarda Lang sagte, der Vorschlag sei nicht praktikabel. „Der Kanzler hat sich da ja klar festgelegt. Wir gehen jetzt Schritt für Schritt den Weg der erneuerbaren Energien, und das ist auch gut so.“

Die Grünen und die SPD-Bundestagsfraktion fordern einen subventionierten Industriestrompreis, um energieintensiven Unternehmen zu helfen, die im internationalen Wettbewerb stehen. Das lehnt die FDP ab. Sie schlägt vor, die Stromsteuer auf das von der EU vorgeschriebene Mindestmaß zu senken. Davon würden auch Mittelständler profitieren, nicht nur wenige Großunternehmen. Die Kosten dafür würden sich je nach Höhe der Steuersenkung auf bis zu etwa 6,5 Milliarden Euro belaufen. Der Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), Peter Adrian, unterstützte die Forderung der FDP nach einer Entlastung bei der Stromsteuer.